blickpunkt Kranichstein

3/2016 Sept./Okt. 2016

zeitung der dkp-darmstadt für kranichstein

Neubau im Wickopweg

Wieder kein bezahlbarer Wohnraum - wir brauchen Taten statt Sonntagsreden!

In Kranichstein wird gebaut. Im Herbst will die GWH im Wickopweg zwei neue Gebäude errichten. Die beiden fünfgeschossigen Neubauten nehmen das viergeschossige Gebäude Wickopweg 16-22 in die Mitte. Entstehen sollen 67 Mietwohnungen.

Chance vertan?

Im Darmstädter Echo vom 01.07.2016 stellt Darmstadts grüne Sozialdezernentin Akdeniz fest: "Sozialer Wohnungsbau ist es nicht, sonst hätte ich einen Antrag dazu auf meinem Schreibtisch gehabt." Die GWH vermiete die Wohnungen auf dem freien Markt, bestätigt das Wohnungsbauunternehmen. Das hört sich nicht nach günstigem Wohnraum an. Dabei steigt der Bedarf an angemessenem und bezahlbarem Wohnraum auch in unserer Stadt und unserem Stadtteil stetig.

Die Zahl der Haushalte mit geringem Einkommen übersteigt die Anzahl der verfügbaren günstigen Wohnungen um ein Vielfaches. Wir wollen bezahlbaren, attraktiven Wohnraum, so die schwarz-grüne Stadtregierung in ihren Sonntagsreden. Die Realität sieht anders aus: ein Bebauungsplan für den Wickopweg, der z.B. sozialen Wohnungsbau festschreibt, ist zurzeit nicht bekannt. Hier könnte die Regierung ihren schönen Worten Taten folgen lassen. Stattdessen wird eine weitere Chance zum Bau von kostengünstigen, bezahlbaren Wohnungen leichtfertig verschenkt.

Das Modell für den Wickopweg aus dem Hochglanzprospekt der GWH - für die meisten unbezahlbar.

Mietspiegel nützt nichts

Eine Mietwohnung in Kranichstein kostet zwischen 10 und 13 Euro pro Quadratmeter, Tendenz steigend. Auch für viele Normalverdiener kaum noch zu bezahlen. Daran ändern auch Mietspiegel und Mietpreisbremse nichts. Der Mietspiegel befördert im Gegenteil diesen Trend, da bei der Erstellung nur Wohnungen berücksichtigt werden, bei denen die Miete in den letzten vier Jahren geändert wurde. So schreibt man Mieterhöhungen für die Folgejahre fest. Notwendig wäre aber eine langfristige Mietpreisbindung.

Bebauung in öffentliche Hand!

Für private Investoren ist der Bau von Wohnungen profitabel. Der Wohnungsmarkt boomt - die Mieten und die Profite mit der Miete steigen. Anstatt Land und Bauaufträge an private Bauherren zu vergeben, muss mehr Geld zur Schaffung städtischen Wohneigentums aufgewendet werden - Wohnungen, über die die Stadt dann auch verfügen kann. Gerade angesichts der Entwicklungen auf dem "Finanzmarkt" gewinnt kommunales Wohnungseigentum, das der Spekulation entzogen ist, an Bedeutung.

Auch in Darmstadt orientiert sich die Wohnungspolitik an den Spielregeln von Monopoly: Sinn des Spiels ist es, Besitztümer so günstig zu kaufen, zu vermieten oder zu verkaufen, dass man der Reichste und möglichst Monopolist wird. Wer das meiste besitzt, der hat gewonnen. Und wer am wenigsten besitzt, der hat verloren.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die verantwortlichen Politiker die Stadt wie ein Spielbrett ansehen und ihrer Verantwortung nicht gerecht werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass weitere Chancen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vertan werden.

Wir fordern:

- in einem ersten Schritt den Magistrat auf, Regelungen zu treffen, dass private Investoren in Baugenehmigungsverfahren bei Neubauvorhaben von Wohnanlagen und Mehrfamilienhäusern dazu verpflichtet werden, 30% Sozialwohnungen zu bauen
- Rekommunalisierung der Bauverein AG und Bebauung in öffentlicher Hand
- bundesweit den Bau von einer Million Sozialwohnungen in den nächsten fünf Jahren mit einer Mietpreisbindung von mindestens 25 Jahren.

[rk]

Neue Milliarden für Rüstung und Krieg

Was die "Trendwende" beim Militärhaushalt für uns bedeutet

Beim Wettbewerb um den Titel des größten Kriegstreibers will die deutsche Bundesregierung endlich aus dem Schatten der USA treten. Schrittweise wird der Militärhaushalt bis 2020 auf über 39 Milliarden EUR pro Jahr erhöht. Das Ziel steht, dass langfristig 2% des BIP (über 90 Mrd. €) in den sogenannten "Verteidigungshaushalt" fließen sollen.

Das neue "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr" benennt als entscheidende Auseinandersetzungen der Zukunft "Verteilungskämpfe um Rohstoffe und Absatzmärkte". Deutschland will dabei nicht abseits stehen, sondern mehr "Verantwortung" übernehmen. Eindeutig geht es um die Interessen des Kapitals: "Funktionierende Informations- und Kommunikationswege" seien unverzichtbar. "Deutschland muss sich daher für die ungehinderte Nutzung der Land-, Luft- und Seeverbindungen [...] einsetzen." Die EU spielt in dieser Strategie eine zentrale Rolle. Es verwundert daher nicht, dass eine weitere Militarisierung der EU und eine "Europäisierung der Rüstungsindustrie" angedacht werden. Erstmals wird Russland ausdrücklich als Rivale benannt.

Für dieses imperialistische Machtstreben müssen wir teuer bezahlen. Die Rüstungsmilliarden gehen zwangsläufig zu Lasten anderer öffentlicher Ausgaben. Die Gewerkschaft ver.di fordert 162.000 zusätzliche Stellen im Gesundheitssystem, um den Personalmangel zu beenden. Mieterinitiativen und -vereine fordern den Bau hunderttausender neuer Wohnungen jährlich, um Wohnungsnot und Mietenwahnsinn zu stoppen. Stattdessen soll der Bundeswehr nach dem Willen von der Leyens Kriegsgerät in Milliardenhöhe geschenkt werden - und damit gleichzeitig den Rüstungskonzernen satte Profite. Hier wird auch die Rolle des "Weißbuches" deutlich: Eine zu Papier gebrachte Forderung

[weiter Seite 2]

Leserbriefe, Anmerkungen, Meinungen, Lob und Kritik an: blickpunkt.kranichstein@dkp-darmstadt.de

Anno 1956

Vor 60 Jahren, am 17. August 1956, wurde in Westdeutschland die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) verboten. Damals setzte sich die KPD führend gegen die Wiederbewaffnung und Remilitarisierung der BRD nach dem zweiten Weltkrieg ein. Diese Widerbewaffnung war den Herrschenden so wichtig, dass sie dem Widerstand dagegen mit dem KPD Verbot die Spitze nahmen. Aber immer noch sind Kommunisten aktiv gegen Rüstung und Kriege. ***[hh]***

[Fortsetzung von Seite 1]

nach mehr Geld für mehr Soldaten, mehr Militäreinsätze und mehr Kriegsgerät.

Die DKP fordert:

- **die sofortige Reduzierung des Rüstungsetats um 20 % und die fortlaufende Reduktion um 10 % jährlich**
- **die Rücknahme der Hochrüstungspläne von Kriegsministerin von der Leyen**
- **den sofortigen Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr**
- **den Stopp aller Rüstungsexporte und die Beschlagnahme aller Gewinne der Rüstungsindustrie** ***[rk]***

Soziale Stadt wächst

Neuer Grünstreifen

Das nächste Projekt der "Sozialen Stadt" steht an. Der Darmstädter Magistrat hat die Umgestaltung des Grünstreifens an der Siemensstraße in Kranichstein beschlossen. Vorgesehen ist eine Bepflanzung mit niedrigen Sträuchern, Gräsern und Solitärgehölzen. Die Kosten belaufen sich auf rund 27.000 Euro.

Was daran sozial ist? Nichts, aber vielleicht kommt die Sozialdezernentin ja noch auf die Idee dort Gemüse anzupflanzen. Das kann dann in einer gemeinsamen Aktion geerntet werden und erspart einigen Betroffenen den Gang zur "Tafel". Auch ein Grünstreifen wächst mit seinen Aufgaben. ***[rk]***

Die Waffen nieder!!!

Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Die Friedensbewegung ruft auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin

Es ist erstaunlich ruhig in Deutschland. Und das, obwohl Kriege an der Tagesordnung sind, obwohl die Gefahr eines Krieges in Europa steigt. Es wird höchste Zeit, dass der Widerstand gegen die gefährliche Kriegspolitik laut wird. Es wird höchste Zeit für diese zentrale Friedensdemonstration in Berlin.

In dem Aufruf heißt es: "Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht. Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung - sie wollen Frieden."

Und weiter: "Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali ... Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik."

Klar wird in dem Aufruf auch der Zusammenhang zwischen Krieg und Flucht angesprochen. "Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. [...] Wir fordern von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen. [Sie] muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten."

Der Aufruf betont die besondere Gefahr, die von der zunehmenden Konfrontation mit Russland ausgeht. "Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver [...] an die Grenzen Russlands vor. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. [...] Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland."

Auch die DKP ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf. Wer mit uns nach Berlin fahren will, meldet sich bei info@dkp-darmstadt.de. Mehr Infos unter: friedensdemo.org ***[hh]***

Ein kleiner Weg im Demokratenviertel

Zimmermannweg

Im Baugebiet K 5 sind Wege nach politisch Wirkenden des 19. Jahrhunderts benannt. Zu ihrer Zeit stellten sie sich der Macht des Adels entgegen. Damit waren sie mehr oder weniger "Aufrührer".

Einer davon war der Arzt Dr. Wilhelm Zimmermann (* 1811, † 1895 in Darmstadt). Der Vorsitzende eines Volkslesevereins trat für eine demokratisch-soziale Revolution ein.

Er befand sich am 30. Mai 1849 bei den Revolutionären aus Baden und der Pfalz, die bei Ober-Laudenbach bei Heppenheim von preußischen und hessischen Truppen geschlagen wurden und musste ins Exil fliehen. In Abwesenheit wurde er wegen "hochverräterischer Verschwörung, Landesverrat, Anstiftung zum Aufruhr und bewaffneter Teilnahme daran" verurteilt. ***[wk]***

Termine

Mittwoch, 28. September, 19 Uhr, Linkstreff Georg Fröba, Landgraf-Philipps-Anlage 32 in Darmstadt

Mitgliederversammlung der DKP Darmstadt. Gäste sind herzlich willkommen!

Sonntag, 2. Oktober, 11 Uhr, Wickopweg / Ecke Grundstraße

Begehung der geplanten Baustelle am Wickopweg. Informationen zu Hintergründen und Alternativen - für bezahlbaren Wohnraum in Kranichstein

Samstag, 8. Oktober, 12 Uhr, Berlin Alexanderplatz

zentrale Demonstration der Friedensbewegung "Die Waffen nieder! Kooperation statt NATO-Konfrontation! Abrüstung statt Sozialabbau". Anreise mit Bahn aus Darmstadt - Infos unter info@dkp-darmstadt.de

Montag, 10. Oktober, 18 Uhr, Heiner-Lehr-Zentrum (Kopernikusplatz 1 in Darmstadt)

"Griechenland und die Euro-Krise. Das Scheitern von Syriza und die Konsequenzen" Diskussions-Veranstaltung der DKP Darmstadt mit Andreas Wehr.

Kontakt

DKP-Darmstadt-Dieburg-Bergstraße
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt

Tel.: 06151/78 84 07
eMail: info@dkp-darmstadt.de
www.dkp-darmstadt.de

Impressum

Der **blickpunkt Kranichstein** wird herausgegeben von der **D**eutschen **K**ommunistischen **P**artei Darmstadt-Dieburg-Bergstraße.

V.i.S.d.M.:
Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 DA-Kranichstein